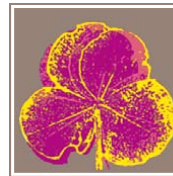


Bericht über das Geschäftsjahr **2007**



Deutsche
Klassenlotterie
Berlin

**Bericht über
das Geschäftsjahr
01.01.– 31.12.2007**



**Deutsche
Klassenlotterie
Berlin**

Rechtsfähige Anstalt
des öffentlichen Rechts
Brandenburgische Straße 36
10707 Berlin

Telefon: +49 30 89 05-0
Telefax: +49 30 89 05-15 17

Internet: www.lotto-berlin.de
E-Mail: info@lotto-berlin.de

Unter Einbeziehung der
Berichterstattung über die
Verwendung der der DKLB-
Stiftung zur Verfügung
gestellten Mittel

Inhalt

Lagebericht	4
Entsprechenserklärung nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex	20
Bilanz zum 31. Dezember 2007	28
Gewinn- und Verlustrechnung	30
Anhang zum Jahresabschluss	33
I. Bilanz	
II. Gewinn- und Verlustrechnung	
III. Sonstige finanzielle Verpflichtungen	
IV. Konzernverhältnisse	
V. Angaben über die Mitglieder der Unternehmensorgane	
VI. Bezüge des Vorstandes, der ehemaligen Vorstandsmitglieder und der Hinterbliebenen ehemaliger Vorstandsmitglieder	
VII. Entsprechenserklärung nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex	
Anlagennachweis	40

Lagebericht

1. Rechtsgrundlagen im Berichtszeitraum

Das Bundesverfassungsgericht hatte mit seiner Entscheidung vom 26. März 2006 das staatliche Sportwettenmonopol in seiner bisherigen Ausgestaltung als verfassungswidrig beurteilt und den Gesetzgeber verpflichtet, bis zum 31. Dezember 2007 eine Neuregelung zu schaffen. Da diese Entscheidung über Sportwetten hinaus eine grundsätzliche Bedeutung hat, hatten sich die Bundesländer darauf verständigt, das Glücksspielwesen insgesamt soweit in Länderzuständigkeit durch einen Staatsvertrag neu zu regeln, um hier Rechtssicherheit zu schaffen. Am 13. Dezember 2006 haben die Ministerpräsidenten den Entwurf des Staatsvertrages (Stand 6. Dezember 2006), der die neuen Rahmenbedingungen beinhaltet, zustimmend zur Kenntnis genommen. Entsprechende Ausführungsregelungen mussten erlassen werden. Der von den Bundesländern erarbeitete und unterzeichnete Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag GlüStV) wurde 2007 in Landesrecht umgesetzt und tritt zum 1. Januar 2008 in Kraft.

Maßgebende Gesetzesgrundlage für die DKLB ist das Gesetz über die Deutsche Klassenlotterie Berlin und die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB-Gesetz) vom 7. Juni 1974 (GVBl. S. 1338), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 2007 (GVBl. S. 604). Gemäß § 2 dieses Gesetzes hat die DKLB die Aufgabe, behördlich erlaubte Glücksspiele einschließlich Lotterien, Sporttoto, Sportwetten und Ausspielungen sowie alle damit zusammenhängenden sonstigen Geschäfte durchzuführen. Von der für die Lottereaufsicht zuständigen Senatsverwaltung ist ihr dazu die Erlaubnis zum Veranstellen, Vermitteln und zu jeder

1.	Rechtsgrundlagen im Berichtszeitraum/Spielangebote
2.	Zur wirtschaftlichen Lage
3.	Bericht über die Verwendung der Zweckabgabe und der Erträge der DKLB-Stiftung
4.	Unternehmensentwicklung 2007 – Umsatzsituation – Gewinnsituation – Sozialbericht
5.	Spielauftrags- und Losaufkommen
6.	Sonder- und Prämienauslosungen
7.	Ertragslage
8.	Vermögenslage/Finanzlage
9.	Liquiditätslage
10.	Vertriebsorganisation und Marketing
11.	Investitionen
12.	Ausnutzung wichtiger Anlagen und Anlagen im Bau
13.	Chancen und Risiken
14.	Ausblick auf das Geschäftsjahr 2008

anderen Form des Anbietens von Lotterien, Wetten und sonstigen Glücksspielen erteilt worden.

Die DKLB hat gemäß § 6 des Gesetzes aus den Umsatzerlösen ohne ODDSET des Lotteriegeschäftes laufend 20 % als Zweckabgabe (ab letzter Gesetzesänderung 20 % der Spieleinsätze) und darüber hinaus den Bilanzgewinn an die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin abzuführen.

Die DKLB ist unter der Nr. HRA 30767 im Handelsregister beim Amtsgericht Charlottenburg eingetragen.

Spielangebote

Die DKLB veranstaltete im Jahre 2007

- zusammen mit **allen** im Deutschen Lotto- und Totoblock (DLTB) zusammengeschlossenen Lotto- und Totogesellschaften der Länder der Bundesrepublik Deutschland die Spiele
 - **LOTTO 6aus49**,
 - **Spiel 77**,
 - **SUPER 6**,
 - **TOTO 13er Ergebnissette**,
 - **TOTO 6aus45 Auswahlwette**,
 - **ODDSET Kombi-Wette und**
 - **ODDSET TOP-Wette sowie**
 - **die GlücksSpirale**;



Von der DKLB-Stiftung mitfinanziert:
Ausstellungsprojekt „Henry Moore und die
Landschaft“ im Haus am Waldsee e.V.

Ausstellung Henry Moore: oben „Bone“ (1975) und „Girl with Crossed Arms“ (1980), unten „Sculptural Form“ (1962) und „Maquette for Reclining Figure“ (1969)

- zusammen mit 14 Blockpartnern (alle außer Sachsen-Anhalt) die Spiele
- **KENO und die Zusatzlotterie plus 5;**
- mit den Blockpartnern aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen im IV. Quartal 2007 die
- **Rubbellos-Lotterie „Glücksrakete“ zum Lospreis von € 5,00;**
- allein im Land Berlin und ab Mai 2007 in Kooperation mit den Blockpartnern aus Bremen und Hamburg
- **Rubbellos-Lotterien mit Lospreisen von € 0,50 und € 1,00.**

Die DKLB ist Mitglied der Weltorganisation der Lotteriegesellschaften World Lottery Association (WLA) und der European State Lottery and Toto Association (ESLTA).





Von der DKLB-Stiftung mitfinanziert:
Ausstellungsdoppelprojekt „100 Jahre Deutscher
Werkbund – 50 Jahre Interbau Berlin“

Ausstellungsräume in der Akademie der Künste Berlin



2. Zur wirtschaftlichen Lage

Die DKLB befand sich wie der gesamte Deutsche Lotto- und Totoblock (DLTB) auch im Jahr 2007 in einer schwierigen Lage, die von der anhaltenden Kaufzurückhaltung in der Kernzielgruppe der Lotto-Kunden geprägt war und durch die Mehrwertsteuererhöhung verschärft wurde. Darüber hinaus war das Lotteriegeschäft von der rechtlichen Unsicherheit im Vorfeld des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland gekennzeichnet. Die daraus resultierenden Konsequenzen für die DKLB bedeuteten signifikante Änderungen im Bereich Marketing und Kommunikation, insbesondere durch Einschränkungen bei den Sportwetten und durch gestiegene Anforderungen an den Spieler- und Jugendschutz sowie zum Jahresende im Bereich des Vertriebes durch die Reduzierung der Anzahl der für die DKLB tätigen Annahmestellen.

Bei Planerstellung wurden die im Rahmen des Staatsvertrages vorgesehenen Maßnahmen berücksichtigt. Unterstützt durch günstige Jackpotsituationen wurden die geplanten Erlöse aus dem Spielgeschäft um € 32,4 Mio. übertroffen. Dennoch konnte nicht verhindert werden, dass bereits zum dritten Mal in Folge Umsatzrückgänge gegenüber dem Vorjahr registriert werden mussten. Insgesamt lag der Umsatz in Berlin im Berichtsjahr mit rund € 320,6 Mio. um € 6,8 Mio. unter dem Vorjahreswert.

Dem Land Berlin sind Lotteriesteuern in Höhe von € 53,4 Mio. und der DKLB-Stiftung Zweckabgaben für die Gewährung von Zuwendungen durch den Stiftungsrat in Höhe von € 62,5 Mio. zugeflossen. Einschließlich des Bilanzgewinns 2007 (€ 9,7 Mio.) und des Zweckertrages für die Destinatäre der Glücksspirale (€ 0,9 Mio.) sind von der DKLB im Berichtsjahr insgesamt € 126,5 Mio. an Steuern, zweckgebundenen Abgaben

und an die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin abzuführenden Gewinnen erwirtschaftet worden.

3. Bericht über die Verwendung der Zweckabgabe und der Erträge der DKLB-Stiftung

Über die **Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin** (DKLB-Stiftung) ist Folgendes zu berichten:

Die DKLB-Stiftung verwaltet und verteilt die Zweckabgabe und den Bilanzgewinn der Deutschen Klassenlotterie Berlin (DKLB) sowie eigene Erträge. Die DKLB-Stiftung verfolgt gemeinnützige Zwecke und fördert durch Gewährung von Zuwendungen ausschließlich soziale, karitative, dem Umweltschutz dienliche, kulturelle, staatsbürgerliche, jugendfördernde und sportliche Vorhaben. Darüber hinaus verwaltet und verteilt die DKLB-Stiftung seit 1999 den über das Land Berlin erhaltenen Anteil der Zusatzabgabe der Spielbankenunternehmer. Die Mittel sind zur Förderung kultureller, sportlicher und gemeinnütziger Zwecke vorgesehen. Die Verwaltung und Verteilung erfolgt getrennt von den übrigen Mitteln.

Über Verwendung und Verteilung der der Stiftung zur Verfügung stehenden Mittel befindet der Stiftungsrat.

Gemäß Artikel V, Nr. 2 des Landesgesetzes über das öffentliche Glücksspiel vom 15. Dezember 2007 (GVBl. S. 604) liegen Glücksspielaufsicht, Ordnungsaufgaben sowie Staatsaufsicht bei der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung. Die Stiftung unterlag bis zur Gesetzesänderung nach § 21 DKLB-Gesetz der Staatsaufsicht durch den Senator für Finanzen.

Der Stiftungsrat wird gemäß § 14 (2) DKLB-Gesetz für die Dauer der Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin gebildet und bleibt bis zur Neubildung im Amt.

Im Berichtsjahr amtierten

a) Vom Senat bestellt:

Klaus Wowereit, Vorsitzender
Regierender Bürgermeister
von Berlin

Dr. Heidi Knake-Werner,
stellvertretende Vorsitzende
Senatorin für Integration, Arbeit
und Soziales

Gisela von der Aue (ab 9. Januar 2007)
Senatorin für Justiz

Karin Schubert (bis 9. Januar 2007)
Bürgermeisterin und Senatorin
für Justiz

b) Vom Abgeordnetenhaus von Berlin gewählt:

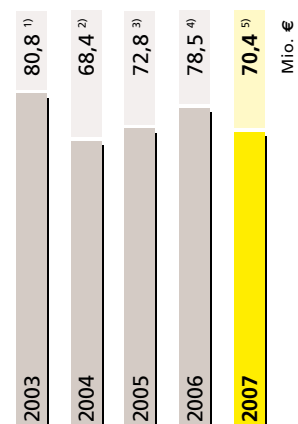
Carola Bluhm
MdB

Michael Müller
MdB

Dr. Friedbert Pflüger (ab 1. Februar 2007)
MdB

Nicolas Zimmer (bis 1. Februar 2007)
MdB

In den letzten fünf Jahren wurden durch den Stiftungsrat verteilt:



¹⁾ davon aus Spielbanken-Mitteln € 1,2 Mio.

²⁾ davon aus Spielbanken-Mitteln € 1,6 Mio.

³⁾ davon aus Spielbanken-Mitteln € 1,5 Mio.

⁴⁾ davon aus Spielbanken-Mitteln € 1,7 Mio.

⁵⁾ davon aus Spielbanken-Mitteln € 1,5 Mio.

I. Lotto-Mittel

Im Jahr 2007 wurden Zuwendungen aus Lotto-Mitteln inkl. satzungsgemäßen Leistungen im Gesamtbetrag von € 68,9 Mio. zur Verfügung gestellt. Die Empfänger sind den nebenstehend aufgeführten Bereichen zuzuordnen.

Die Zuwendungen bestanden aus zweckgebundenen Zuschüssen und satzungsgemäßen Leistungen.

Am 31. Dezember 2007 sind an Zuwendungen (einschl. satzungsgemäßen Leistungen für sportliche Zwecke sowie für Zwecke der Jugendarbeit) € 49,6 Mio. bewilligt (Vorjahr: € 55,5 Mio.), jedoch noch nicht verfügt. Die Höhe der am Bilanzstichtag noch offenen grundsätzlichen Zusagen beträgt € 68,4 Mio. (Vorjahr: € 63,2 Mio.).

Die Summe wurde aufgebracht

	T€
a) aus dem Überschuss der DKLB-Stiftung 2006	57.156
b) aus den dem Stiftungsrat in 2007 zur Verfügung stehenden Mitteln	11.696
	<u>68.852</u>

II. Spielbanken-Mittel

Im Jahr 2007 bewilligte der Stiftungsrat gemäß § 4 Abs. 5 des Spielbankengesetzes Zuwendungen im Gesamtbetrag von € 1,5 Mio. (Vorjahr: € 1,7 Mio.).

Die Ausschüttungen bestanden aus zweckgebundenen Zuschüssen ausschließlich für sportliche Zwecke.

	2007 T€	2006 T€
1. Senatsverwaltung für Bildung/Wissenschaft/Forschung *	16.228	
2. Regierender Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei – Kulturelle Angelegenheiten	13.169	
3. Senatsverwaltung für Integration/Arbeit/Soziales	6.339	
4. Senatsverwaltung für Finanzen	750	1.691
5. Regierender Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei –	748	2.062
6. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung	188	1.820
7. Senatsverwaltung für Justiz	102	528
8. Senatsverwaltung f. Gesundheit/Umwelt/Verbraucherschutz	96	
9. Senatsverwaltung für Wissenschaft/Forschung/Kultur		17.401
10. Senatsverwaltung für Bildung/Jugend/Sport		12.814
11. Senatsverwaltung f. Gesundheit/Soziales/Verbraucherschutz		7.276
12. Senatsverwaltung für Wirtschaft /Arbeit /Frauen		261
	37.620	43.853
13. Senatsverwaltung für Inneres und Sport satzungsgemäße Leistungen f. sportl. Zwecke	15.616	15.851
* zzgl. satzungsgem. Leistungen f. Zwecke der Jugendarbeit	15.616	15.851
zzgl. nicht rückzahlbare Leistung gem. § 11 a, Satz 2 der „Stiftungssatzung“ für das für „Jugend“ zuständige Mitglied des Senats	0	1.250
	<u>68.852</u>	<u>76.805</u>

Die Summe wurde aufgebracht

	T€
a) aus dem Überschuss der Spielbankmittel 2006	559
b) aus den dem Stiftungsrat in 2007 zur Verfügung stehenden Mitteln	915
	<u>1.474</u>

4. Unternehmensentwicklung 2007

Umsatzsituation

Auf Grund kalendarischer Gegebenheiten fanden wie im Vorjahr auch im Berichtsjahr 52 Veranstaltungen statt. Insgesamt gingen die Umsatzerlöse der DKLB (inkl. Bearbeitungsgebühren) um € 6,8 Mio. (2,1 %) auf € 320,6 Mio. zurück.

Bei den Spieleinsätzen betrug der Rückgang insgesamt € 8,0 Mio. (2,5 %); bei den Erlösen aus den Bearbeitungsgebühren ist infolge der Gebührener-

höhung zum 1. April 2007 ein Zuwachs von € 1,2 Mio. (13,4 %) zu verzeichnen.

In der Hauptspielart LOTTO 6aus49 lag der Umsatz trotz günstiger Jackpot-situationen um € 3,3 Mio. (1,5 %) unter dem Vorjahreswert; damit einhergehend weisen die Zusatzlotterien entsprechende Umsatzrückgänge aus.

Bei der ODDSET-Sportwette ist erneut ein deutlicher Rückgang um € 2,1 Mio. (21,1 %) zu verzeichnen. Hierbei zeigen sich u. a. die Auswirkungen der Rücknahme von Werbeaktivitäten im Sportwettenbereich.

Bis auf die TOTO 6aus45 Auswahlwette lagen die Spieleinsätze der übrigen Spielarten unter denen des Vorjahres.

Im Berichtsjahr und in den vier Jahren davor wurden in Berlin folgende Spieleinsätze erzielt:

	Durchschnitt je Woche						
	2003	2004	2005	2006	2007	2006	2007
Anzahl der Veranstaltungen	52	53	52	52	52		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	T€	T€
I. LOTTO 6aus49 ¹⁾	245,9	243,3	221,4	221,7	218,4	4.263	4.200
II. TOTO ²⁾	4,3	4,0	3,3	2,6	3,1	50	60
III. KENO ³⁾	-	6,7	20,9	15,3	13,9	294	267
IV. plus5 ³⁾	-	0,9	2,5	1,7	1,5	33	29
V. Spiel 77	39,3	38,8	34,9	34,8	34,1	669	656
VI. SUPER 6	26,6	26,5	23,8	24,0	23,6	462	454
VII. ODDSET Kombi-Wette	14,2	15,0	11,1	8,4	6,9	162	133
TOP-Wette	1,4	1,5	1,4	1,3	0,8	25	15
VIII. GlücksSpirale	6,8	6,2	5,2	4,9	4,5	94	87
IX. Tele-BINGO ⁴⁾	2,4	2,2	-	-	-	-	-
X. Rubbellos-Lotterie	5,4	3,9	3,4	3,7	3,6	71	69
Spieleinsätze insgesamt	346,3	349,0	327,9	318,4	310,4	6.123	5.969

1) inkl. € 3,4 Mio. ExtraLotto zum 31. Dezember 2005

2) ab 32. VA 2004 Ersetzung der 11er Ergebnisswette durch die 13er Ergebnisswette

3) ab 46. VA 2004

4) bis 53. VA 2004

Auf die Spieleinsätze der DKLB und die erhobenen Bearbeitungsgebühren wurden in diesem 5-Jahreszeitraum Lotteriesteuern in Höhe von € 283,3 Mio., davon im Berichtsjahr € 53,4 Mio., entrichtet.

Im Vorjahr wurden über den Vertriebsweg Internet-LOTTO-Spielsystem trotz des gegen Jahresende eingestellten Internetspielbetriebes (Ausnahme: Dauerspielaufträge) Spieleinsätze von € 4,9 Mio. erzielt. Das Internetspiel wurde 2007 nicht wieder aufgenommen.

Die Mitglieder des Deutschen Lotto- und Totoblocks verzeichneten insgesamt im Geschäftsjahr 2007 gegenüber dem Vorjahr rückläufige Ergebnisse. Ohne BINGO sowie ohne Rubbellos- und Losbrieflotterien jedoch inkl. der Lotterien KENO und plus5 wurden Spieleinsätze von € 7.464 Mio. (Vorjahr: € 7.614 Mio.) erzielt.

Der Rückgang der Spieleinsätze beträgt im Bundesdurchschnitt 2,0 %.

Gewinnsituation

Zu Beginn des Jahres 2007 freute sich ein Berliner in der 6. Veranstaltung über einen Gewinn im LOTTO 6aus49 mit 6 Richtigen und Superzahl in Höhe von knapp € 1,0 Mio. Den mit € 17,1 Mio. höchsten Einzelgewinn, der jemals in Berlin erzielt wurde, erhielt ein Berliner in der 36. Veranstaltungswoche in derselben Spielart. In der 47. Veranstaltung war mit knapp € 2,0 Mio. darüber hinaus ein Gewinn in der Klasse II im LOTTO 6aus49 zu verzeichnen.

Auf die Berliner Spielaufträge entfielen in der I. und II. Klasse im LOTTO 6aus49 und den Spitzen-Gewinnklassen im TOTO, bei KENO (Typ 10), bei den Zusatzspielen und der GlücksSpirale (Klasse 7 und 6) in den einzelnen Spielarten die folgende Anzahl an Gewinnen:

	2007
LOTTO 6aus49	17
Spiel 77	0
SUPER 6	12
KENO	4
plus5	0
TOTO (6aus45 Auswahl- und 13er Ergebnissette)	83
GlücksSpirale	1
	117

Den bundesweit mit € 45,4 Mio. höchsten Jackpot aller Zeiten teilten sich in der 49. Veranstaltung Gewinner in drei anderen Bundesländern.



Von der DKLB-Stiftung mitfinanziert:
12. Karneval der Kulturen
vom 25. – 28. Mai 2007

Brauerei Wissmannstraße e.V. Werkstatt der Kulturen



Sozialbericht

Die DKLB beschäftigte zum Stichtag 31. Dezember 2007 einschließlich der Vorstandsmitglieder und der Mitarbeiter/-innen, die weniger als 19 Wochenstunden arbeiten, 174 Mitarbeiter (Vorjahr: 176 Mitarbeiter), davon 84 Frauen. 8 Auszubildende werden zu Bürokaufleuten und 5 Auszubildende zu Informatikkaufleuten ausgebildet. Die Personalaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>2007</u>	<u>2006</u>
	TE	TE
Löhne und Gehälter	<u>7.351</u>	7.783
Sozialaufwand einschl. Altersversorgung	<u>2.484</u>	<u>2.500</u>
Gesamt	<u>9.835</u>	<u>10.283</u>

Der höhere Vorjahreswert enthielt Beträge, die auf Grund der Gewährung von einmaligen Prämien zur Realisierung von Personalkostenreduzierungen gezahlt wurden. Darüber hinaus wurden im Rahmen der personellen Umstrukturierung die Personalkosten im außertariflichen Bereich verringert.

Neben dem Vorstand und einem Mitarbeiter mit außertariflichem Sondervertrag waren 124 Mitarbeiter/-innen im Angestelltenverhältnis mit 38,5 Wochenstunden tätig, 24 Mitarbeiter/-innen hatten Verträge mit einer verminderten, aber 19 Wochenstunden übersteigenden Arbeitszeit, während 23 unter 19,25 Std. in der Woche beschäftigt wurden. Im Jahr 2007 wurden insgesamt 12 schwerbehinderte Menschen beschäftigt (per 31. Dezember 2007: 11). Damit war eine Ausgleichsabgabe wie in den Vorjahren nicht zu entrichten.

Neben den mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di abgeschlossenen Tarifverträgen gelten für die Mitarbeiter/-innen der DKLB die folgenden Dienstvereinbarungen:

- Gleitende Arbeitszeit,
- Gewährung von Familienheimdarlehen,
- Vorschüsse und Unterstützung,
- Arbeitsordnung,
- Ordnung für die Tiefgarage und den Abstellplatz,
- Kostenbeteiligung an BVG-Jahresumweltkarten,
- Dienstvereinbarung über die Einführung und Nutzung eines elektronischen Zeiterfassungs- und Zutrittskontrollsystems,
- Dienstvereinbarung INTERNET,
- Dienstvereinbarung Vertriebsinformationssystem,
- Betriebliches Eingliederungsmanagement.

Von der DKLB-Stiftung mitfinanziert:
Besucherfördernde Maßnahmen im
zentralen Teil des Tierparks



Tupfelhyänen und neue Tupfelhyänenanlage; Eulenvoliere im Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH



Für zusätzliche Altersversorgung der Mitarbeiter/-innen und Pensionäre der DKLB gelten

a) für alle Pensionäre, die vor dem 1. April 1959 eingestellt wurden, die Bestimmung der VVA-DKLB (Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter der Deutschen Klassenlotterie Berlin). Für diesen Mitarbeiterkreis hat die DKLB Pensionsrückstellungen gebildet und im Berichtsjahr € 0,28 Mio. an Zahlungen geleistet.

b) für alle übrigen die Regelungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL). Hier ergaben sich Umlagen von € 0,51 Mio. sowie Sanierungsgeld in Höhe von € 0,43 Mio. an die VBL.

Für die Nutzung von Abstell- und Einstellplätzen werden im Einvernehmen mit dem Personalrat von den betreffenden Mitarbeiter/-innen festgelegte Entgelte erhoben.

Die DKLB hat gemäß den tariflichen Bestimmungen Mitarbeitern/-innen nach Maßgabe der „Richtlinien für Beihilfen“ Beihilfen für bestimmte Notlagen zu gewähren. Im Berichtsjahr sind für Beihilfen T€ 17 ausgezahlt worden.

Für Betriebsveranstaltungen wurden im Jahr 2007 T€ 19 aufgewendet.

5. Spelauftrags- und Losaufkommen

Für die 52 Veranstaltungen (Vorjahr 52 VAs) des Berichtsjahres wurden von den Spielteilnehmern insgesamt 28.550.337 (Vorjahr: 28.835.931) gültige Spelaufträge/QuickTipps bei den Annahmestellen abgegeben bzw. in der Zentrale der DKLB (Abonnement-Spelaufträge) verarbeitet.

Das Spelauftrags- und Losaufkommen gliedert sich wie folgt auf:

	2007	2006
LOTTO 6aus49 am Mittwoch		
Normalspielaufträge	5.218.263	4.741.536
Service-Mehrwochenspielaufträge	180.490	193.034
Abonnement Normal	38.118	40.084
Systemspelaufträge	633.397	614.181
System-Mehrwochenspielaufträge	11.310	12.433
Abonnement System	1.039	1.164
Gemeinschaftssystemspelaufträge	75.966	65.358
Gemeinschaftssystemspelaufträge (Mehrwochen)	3.126	0
	<u>6.161.709</u>	<u>5.667.790</u>
LOTTO 6aus49 am Samstag		
Normalspielaufträge	10.597.722	10.887.782
Berlin-Prämie als QuickTipp	59.999	59.992
Service-Mehrwochenspielaufträge	1.185.953	1.256.247
Abonnement Normal	85.224	88.425
Systemspelaufträge	1.295.888	1.368.224
System-Mehrwochenspielaufträge	108.652	118.437
Abonnement System	4.501	4.525
Gemeinschaftssystemspelaufträge	107.445	101.426
Gemeinschaftssystemspelaufträge (Mehrwochen)	4.412	0
	<u>13.449.796</u>	<u>13.885.058</u>
LOTTO 6aus49 (Kombi Samstag/Mittwoch)		
Kombi-Normal-Einwochenspielaufträge	3.404.688	3.374.136
Kombi-Normal-Mehrwochenspielaufträge	895.573	879.376
Kombi-Normal-Abonnement	25.652	22.333
Kombi-System-Einwochenspielaufträge	226.869	236.954
Kombi-Gemeinschaft-Einwochenspielaufträge	42.077	37.464
Kombi-System-Mehrwochenspielaufträge	1.088	43.731
Kombi-System-Abonnement	10.786	954
Kombi-Gemeinschaft-Mehrwochenspielaufträge	1.472	4.504
	<u>4.608.205</u>	<u>4.599.452</u>
TOTO		
Normalspielaufträge	435.106	399.049
Systemspelaufträge	96.337	85.305
	<u>531.443</u>	<u>484.354</u>
ODDSET		
Normalspielaufträge Kombi-Wette	702.343	832.507
Systemspelaufträge Kombi-Wette	227.804	271.704
Normalspielaufträge TOP-Wette	44.618	68.450
	<u>974.765</u>	<u>1.172.661</u>
GlücksSpirale		
Normalspielaufträge	497.882	532.289
Service-Mehrwochenspielaufträge	95.059	102.573
Abonnement	3.684	3.524
	<u>596.625</u>	<u>638.386</u>
KENO		
Normalspielaufträge (1–6 Teilnahmen)	2.202.809	2.359.813
Mehrwochenspielaufträge (12/18/24 Teilnahmen)	24.471	27.877
Abonnement	514	540
	<u>2.227.794</u>	<u>2.388.230</u>
Spelaufträge insgesamt	<u>28.550.337</u>	<u>28.835.931</u>
Rubbellos-Lotterien		
Rubbellose zu 0,50 €	986.060	4.068.500
Rubbellose zu 1,00 €	2.708.000	1.338.104
Rubbellose zu 5,00 €	75.290	57.080
	<u>3.769.350</u>	<u>5.463.684</u>

Von der DKLB-Stiftung mitfinanziert:
Kulturprogramm im Rahmen der
Asien-Pazifik-Wochen 2007



Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH



6. Sonder- und Prämienauslosungen

Im Berichtsjahr fanden erneut von allen Gesellschaften des Deutschen Lotto- und Totoblocks getragene Sonderauslosungen für verschiedene Spielformen statt, für deren Teilnahme keine besonderen Spieleinsätze erhoben wurden. Die Gewinnbeiträge wurden aus nicht abgeholten und nicht zustellbaren Gewinnen, aus dem Prämienfonds SUPER 6, dem GlücksSpirale-Fonds sowie aus Spitzenbeträgen bei der Quotenermittlung aufgebracht. Bei den Blockauslosungen wurden Geld- und Sachgewinne ausgespielt.

In der 2. Veranstaltungswoche fand blockweit eine Jahresstartauslosung statt.

In der 22. bzw. 45./46. Veranstaltungswoche wurden aus dem Fonds der GlücksSpirale finanzierte Sonderauslosungen nur für Teilnehmer an dieser Spielart durchgeführt.

Die traditionelle Nikolausauslosung fand in der 49. Veranstaltungswoche statt.

Nur für Berliner Spielteilnehmer gab es folgende Sonderauslosungen der DKLB:

- 2 Berlin-Prämien (LOTTO 6aus49) am 12. Mai und 15. September 2007 und
- KENO – Weihnachtsgeld vom 9. bis 17. November 2007.

Wie im Vorjahr fanden in Kooperation mit dem Sender FAB im Rahmen der Livesendung "Hallo Berlin" unter dem Namen "Rubbelglück" fünfmal wöchentlich Prämienauslosungen mit Geldpreisen und der Verlosung von Gemeinschaftssystemscheinen statt. Seit dem 16. Juli 2007 wird die Verlosung im Hause der DKLB durchgeführt.

7. Ertragslage

Die Erfolgsrechnung des Jahres 2007 weist einen an die DKLB-Stiftung abzuführenden Bilanzgewinn von € 9,7 Mio. (Vorjahr: € 8,3 Mio.) aus. Aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurde ein Ergebnis von € 8,0 Mio. (Vorjahr: € 6,5 Mio.) erzielt.

8. Vermögenslage/Finanzlage

Die **Vermögens- und Finanzlage** ist wie auch in den Vorjahren wohlgeordnet; das Anlagevermögen, die Vorräte und ein Teil des sonstigen Umlaufvermögens sind durch das Eigenkapital finanziert.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um rund 5,3 %.

9. Liquiditätslage

Die Liquiditätslage der DKLB ist gesichert. Den Geld- und Wertpapierbeständen von € 60,1 Mio. stehen "Kurzfristige Passiva" inklusive des an die DKLB-Stiftung abzuführenden Bilanzgewinns von € 46,9 Mio. gegenüber, so dass sich eine Überdeckung von € 13,2 Mio., d. h. rd. 128,1 % ergibt.

Unter Einbeziehung der "Kurzfristigen Forderungen" errechnet sich eine Liquidität II. Grades von rd. 136,9 %. Die Vorräte blieben dabei außer Ansatz, weil sie im Wesentlichen zur Veräußerung an Dritte weder bestimmt noch geeignet sind.

10. Vertriebsorganisation und Marketing

Vertriebsorganisation

Das Vertriebsnetz der DKLB wird wie auch im Vorjahr von 12 Gebietsleitern betreut. Nach wie vor gehören die Betreuung vorhandener und die Integra-

tion neuer Annahmestellen wie auch die Durchführung von Inhaberwechseln zu den Vertriebsaufgaben. Ein weiterer Schwerpunkt des Vertriebs war die konsequente Durchsetzung des Jugendschutzes und der Suchtprävention in den Annahmestellen. Dazu wurden u. a. ca. 1.000 Testkäufe in den Annahmestellen durchgeführt.

Die Anzahl der Annahmestellen wurde auf Grund gesetzlicher Vorgaben zum Jahresende um 100 reduziert. Den 55 Annahmestellen, die im Jahresverlauf neu eröffnet wurden, standen 162 Schließungen gegenüber.

Die Annahmestellen der DKLB befinden sich überwiegend in Geschäften mit Tabakwaren-, Zeitungs- und Zeitschriften-sortiment. Weiterhin bestehen Annahmestellen in Einkaufszentren, Kaufhäusern, Baumärkten, Tankstellen, Reisebüros, Lebensmittelmärkten und Theaterkassen.

Nach wie vor arbeitet der Vertrieb zudem laufend an Standortverbesserungen, um der sich ändernden Kundennachfrage gerecht zu werden, an der Modernisierung der Ladeneinrichtungen und der Optimierung der LOTTO-Präsentation in den Annahmestellen, auch unter Spiel-suchtpräventionsgesichtspunkten.

Ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich des Vertriebes war und ist die Schulung von Annahmestellenmitarbeitern. Dieses Aufgabefeld wurde ab dem zweiten Quartal 2007 mit dem Ziel intensiviert, der Berliner Bevölkerung in allen Annahmestellen zuverlässige und vor allem noch kompetentere Ansprechpartner zu bieten. So wird neben Produkt- und Beratungsmodulen besonderer Wert auf Spielsuchtprävention und Jugendschutz gelegt. Das fundierte Zusatzwissen über Produkte, Kundenberatung und Spielsucht soll den künftigen Mitarbeitern der Annahmestellen helfen, ihre Kunden noch professioneller beraten und infor-

mieren zu können. Insgesamt bildete das DKLB-Schulungszentrum in 2007 in 48 Seminaren rund 500 Teilnehmer aus.

Neu hinzu kam im Berichtsjahr die Durchführung von Präventionsschulungen bezüglich Jugendschutz und Glücksspielsucht für Inhaber von Annahmestellen bzw. deren Vertreter. In Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin wurden durch diese im Laufe des Jahres 2.107 Teilnehmer in 98 Kursen im Rahmen eines 4-stündigen Kurses geschult. Zusätzlich führte die DKLB diese Präventionsschulungen in Einzelfälle auch außer Haus bei Vertriebspartnern durch.

In 2007 betrug die durchschnittlichen Wocheneinnahmen je Annahmestelle € 5.228,55. Die Berliner gaben durchschnittlich pro Kopf und Woche € 1,75 für Glücksspielprodukte der DKLB aus. Dabei betrug der Einsatz im ehemaligen Ostteil der Stadt € 1,34. Im ehemaligen Westteil lag der Einsatz bei € 2,01.

Im Mai und Dezember 2007 führte der Vertrieb Informationsmeetings mit den Vertriebspartnern durch. Im Mai nahmen bei 24 Veranstaltungen ca. 1.100 und im Dezember bei 9 Veranstaltungen ca. 900 Vertriebspartner teil.

Ab 2008 sind behördliche Genehmigungen für den Betrieb von Annahmestellen gesetzlich vorgeschrieben. Dafür waren bis Ende 2007 ca. 200 Anträge für Annahmestellen, die im Jahre 2007 eröffnet worden sind, beim Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten zu stellen. In 2008 werden die übrigen Anträge gestellt.

Marketing

Im Jahr 2007 wurde die Umstrukturierung des Marketings der DKLB fortgesetzt. Das zuvor im Einkauf angesiedelte Marketing wurde mit dem ehemaligen Technischen Zentrum sowie der tech-

nischen Hotline und der Telefonzentrale zusammengeführt, so dass nun alle Kundenkontakte (Kundeninformation und Kundenbetreuung) außerhalb der Annahmestellen zentral in der Abteilung Marketing bearbeitet werden.

Dieser Ansatz wird durch Modifizierung der Infrastruktur weiter vorangetrieben.

Vor dem Hintergrund der besonderen Herausforderung einer kundenorientierten Kommunikation ohne unmittelbar auffordernden Charakter wird eine ganzheitliche Kundenansprache und Kundenbetreuung angestrebt.

Ziel ist es, den natürlichen Spieltrieb der Bevölkerung in geordnete und überwachte Bahnen zu lenken, insbesondere um ein Ausweichen auf nicht erlaubte Glücksspiele zu verhindern. Dazu muss über das bestehende Angebot der DKLB in angemessener Form und Intensität informiert werden. Daneben wurde im Berichtsjahr verstärkt über die "good causes" der DKLB-Stiftung berichtet und das neue Logo der DKLB-Stiftung in der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Von besonderer Bedeutung war darüber hinaus die zweite Phase der Umstellung der Annahmestellen auf die bundesweite Corporate-Identity- und Markenstrategie.

11. Investitionen

Im Bereich der Investitionen wurden für die Datensicherung des Online-Systems SAN-Disksubsysteme im Wert von € 0,5 Mio. angeschafft. Darüber hinaus wurden LCD-Displays im Wert von € 0,2 Mio. für die Ausstattung der Annahmestellen vor allem als Ersatz der bestehenden Plakathalter angeschafft. Im Rahmen der Einführung der neuen Kundenkarten waren Softwareerweiterungen in Höhe von € 0,1 Mio. erforderlich. Insgesamt belaufen sich im Berichtsjahr die Zugänge zum Anlagevermögen auf € 1,1 Mio.

12. Ausnutzung wichtiger Anlagen und Anlagen im Bau

Die DKLB verfügt als Dienstleister nicht über Produktionsanlagen. Die Spieldatenverarbeitung und Gewinnermittlung erfolgt durch zwei parallel laufende Rechenzentren in der DKLB-Zentrale, die über das TCP-IP-Netz der Telefonica Deutschland mit den in den DKLB-Annahmestellen installierten Wincor-Terminals verbunden sind. Die DKLB verarbeitet in ihrem Rechenzentrum auch die Online-Spieldaten der Land Brandenburg Lotto GmbH (LBL).

13. Chancen und Risiken

a) Risikomanagement

Die Risikosituation der DKLB ist geprägt durch das allgemeine rechtliche Umfeld, insbesondere durch die Gesetzgebung des Landes Berlin, die spezifische Rechts- und Wettbewerbssituation im Glücksspielbereich sowie allgemeine Betriebsunterbrechungs- und Marktrisiken.

Der Vorstand begegnet diesen Risiken durch ein Risiko-Management-System, welches die sorgfältige Beobachtung und Erfassung der Risiken, ein laufendes Risiko-Reporting, regelmäßige Analysen und die Prüfung und Entwicklung von Gegenmaßnahmen umfasst.

Dabei werden insbesondere Frühwarnindikatoren, z. B. zur Umsatz- und Ausschüttungsentwicklung und zur Verfügbarkeit zentraler EDV-Systeme sowie des Datenetzes, im laufenden Controllingprozess überwacht. Entsprechende Risiko-Reports werden laufend weiterentwickelt und sind in die regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand integriert. Die jeweils aktuellen Risiko-Reports sind ebenso wie aktuelle Umsatz- und Ergebnis-Reports durch den Vorstand jederzeit über ein Vorstands-Informationssystem abrufbar.



Blick in den Saal „Die Welt im Oberen Jura“, Biodiversitätswand, „System Erde“ und „Kosmos und Sonnensystem“

**Von der DKLB-Stiftung mitfinanziert:
Neugestaltung von vier Ausstellungsräumen
des Naturkundemuseums**

b) Chancen und Risiken aus rechtlichen Rahmenbedingungen

Die DKLB ist eine durch Gesetz errichtete, landesunmittelbare rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Der Berliner Gesetzgeber hat ihr durch das DKLB-Gesetz die Aufgabe übertragen, behördlich erlaubte Glücksspiele, Lotterien, Sporttoto, Sportwetten und Ausspielungen sowie alle damit zusammenhängenden sonstigen Geschäfte im Land Berlin durchzuführen. Die ihr in diesem Zusammenhang erteilte unbefristete Erlaubnis zum Veranstalten, Vermitteln und zu jeder anderen Form des Anbietens von Lotterien, Wetten und sonstigen Glücksspielen in Berlin muss als Folge des neuen Glücksspielstaatsvertrages für das Jahr 2009 neu beantragt werden.

Die DKLB unterliegt, was Struktur und Abgaben angeht, möglichen Änderungen in der Gesetzgebung des Landes Berlin, woraus grundlegende Risiken für den Bestand der DKLB erwachsen könnten.

Die ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Veranstaltung und Durchführung von Lotterien und Sportwetten wurden im Geschäftsjahr 2007 durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. März 2006 und den daraus resultierenden Beschränkungen bzw. Auflagen geprägt.

Nach dem Inkrafttreten des Glücksspielstaatsvertrages zum 1. Januar 2008 sieht die DKLB die Chance von in den kommenden Jahren stabileren rechtlichen Rahmenbedingungen im Glücksspielbereich. Risiken ergeben sich im Falle nachhaltiger Verzögerungen bei der Umsetzung. Ein Ende der durch vereinzelte Urteile von Verwaltungsgerichten erzeugten Rechtsunsicherheiten ist derzeit leider noch nicht absehbar.

Aus dem Ausführungsgesetz (AG GlüStV) ergeben sich jedoch eine Vielzahl von

bußgeldbewehrten Vorgaben z.B. hinsichtlich des Verbots der Spielteilnahme Minderjähriger, Hinweispflichten auf Spielscheine und Informationsmaterialien (u.a. zur Suchtprävention) oder der Verhinderung der Spielteilnahme gesperrter Spieler. Eine – auch fahrlässig oder durch das Verhalten Dritter verursachte – Nichtbeachtung dieser Vorschriften bringt das Risiko entsprechender Bußgeldzahlungen mit sich.

c) Risiken aus laufenden Verfahren

Nachdem sich die Europäische Kommission bereits im Jahr 2007 mit dem Entwurf des Glücksspielstaatsvertrages befasst hatte, wurde die Bundesrepublik Deutschland am 31. Januar 2008 erneut um Auskunft über die am 1. Januar 2008 neu in Kraft getretenen Rechtsvorschriften zur Beschränkung des Angebots von Glücksspielen gebeten, um zu prüfen, inwieweit diese mit den Artikeln 43, 49 und 56 des EG-Vertrages vereinbar sind. Die Liberalisierung des Marktes für Glücksspiele oder die Befugnis der Mitgliedstaaten, das öffentliche Interesse zu schützen, werden nicht berührt. Gegenstand der Untersuchung ist die Vereinbarkeit der fraglichen einzelstaatlichen Maßnahmen mit dem Gemeinschaftsrecht.

Dies betrifft vorrangig das generelle Verbot von Glücksspielen im Internet und insbesondere von Sportwetten, zu denen die Kommission bereits im März 2007 eine ausführliche Stellungnahme an Deutschland richtete sowie Beschränkungen der Fernseh-, Internet-, Trikot- und Bandenwerbung und das für Finanzinstitute geltende Verbot, Zahlungen im Zusammenhang mit nicht erlaubten Glücksspielen zu verarbeiten und auszuführen. Problematisch sind ferner das Zulassungsverfahren für Spielvermittler sowie die strafrechtlichen Sanktionen und Geldbußen, die für die Veranstaltung von Online-Glücksspielen, die Werbung dafür und die Teilnahme daran vorgesehen sind.

In einem Widerspruchsverfahren gegen Anordnungen des Bundeskartellamts aus dem Jahre 2006 vor dem BGH ist die mündliche Verhandlung auf den 29. April 2008 terminiert. Im Wesentlichen wird es darum gehen, ob die Tätigkeit der Landeslotterieunternehmen auch zukünftig auf das jeweilige Bundesland beschränkt werden kann.

Je nach Ausgang der genannten Verfahren können sich Einflüsse auf die Geschäftsentwicklung der DKLB ergeben.

d) Spieleinsatzrisiken

Das Geschäftsergebnis der DKLB wurde auch im Geschäftsjahr 2007 in erheblichem Umfang durch bundesweit akquirierende gewerbliche Spielvermittler im Bereich LOTTO belastet. Überregional akquirierte Spieleinsätze werden aus Berlin in andere Bundesländer verlagert, während die DKLB ihrerseits keine diese Umsatzverlagerung kompensierenden Spieleinsätze aus anderen Bundesländern empfängt.

Die DKLB richtete sich bereits im Jahre 2007 weitgehend nach den auf diesem Urteil des Bundesverfassungsgerichts basierenden Regelungen und Vorgaben des zum 1. Januar 2008 in Kraft getretenen Glücksspielstaatsvertrages (GlüStV) sowie des – am 15. Dezember 2007 verabschiedeten – Ausführungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag (AG GlüStV) für das Land Berlin. Insbesondere wurden in diesem Zusammenhang die Maßnahmen zur Einhaltung des Jugendschutzes und zur Spielsucht-Prävention weiter verfeinert und intensiviert. Dabei besteht das Risiko, dass in der Folge die Spielteilnahme erschwert wird und ein Nachfragerückgang auftritt.

Inwieweit die neuen gesetzlichen Regelungen aus dem Ausführungsgesetz zum Glücksspielstaatsvertrag betreffend die gewerblichen Vermittler und Anbieter in

der Praxis vollzogen werden, beeinflusst die Umsatzentwicklung und damit das Ergebnis der DKLB in hohem Maße. Dies trifft insbesondere auf die Schließung privater Sportwettbüros und die Regulierung der gewerblichen Spielevermittler im Internet und ihrer terrestrischen Präsenz zu. Bereits im Geschäftsjahr 2007 haben sowohl private Sportwettenanbieter als auch gewerbliche Spielevermittler Klagen gegen die neuen gesetzlichen Regelungen angekündigt.

Ein weiteres Risiko im Umsatzbereich könnte sich aus einem veränderten Lebens-, Einkaufs- und Arbeitsverhalten der Spielteilnehmer ergeben. Diese Verhaltensänderungen – z. B. verstärkte Nutzung von Online-Einkaufsmöglichkeiten oder Telearbeit – sind in zunehmendem Maße in den jüngeren Altersgruppen zu beobachten, betreffen aber grundsätzlich alle Altersgruppen. Bei unverändertem Produktangebot und Vertrieb wird sich daraus mittel- und langfristig eine Reduzierung der aktiven Spielteilnehmer und damit verbunden eine rückläufige Entwicklung der Umsätze ergeben.

14. Ausblick auf das Geschäftsjahr 2008

Zum 1. Januar 2008 sind der Glücksspielstaatsvertrag und das Berliner Ausführungsgesetz zum Glücksspielstaatsvertrag in Kraft getreten. Diese Regelungen sollten wieder zu einer höheren Rechtssicherheit im Lotteriegeschäft führen, sie waren Grundlage der Planungen für das Geschäftsjahr 2008 und sind Richtschnur des Handelns für die DKLB in diesem Jahr. So sollten den im Gesetz verankerten Auflagen und Restriktionen wie beispielsweise der Reduzierung der Anzahl der Annahmestellen oder der Einführung eines durch Kundenkartenpflicht gestützten Sperrsystems, positive Effekte aus der stringenter Verfolgung und Schließung illegaler, d. h. nicht konzessionierter

Wettbewerber entgegenwirken.

Die ersten Wochen haben die letztgenannten Erwartungen noch nicht erfüllt. Defizite bei der Verhinderung illegaler Angebote und widersprüchliche, zumeist erneut erstinstanzliche Gerichtsurteile zum alten wie zum neuen Glücksspielstaatsvertrag haben teilweise sogar den Wettbewerb motiviert, entgegen der klaren Rechtslage wieder verstärkt aktiv zu werden. Wenngleich gerade die staatlichen Anbieter mit Hochdruck die Umsetzung der Anforderungen des Glücksspielstaatsvertrags betreiben, stehen seit Jahresanfang ausgerechnet diese immer mehr unter Beobachtung, während sich die Mitbewerber der Bewertung durch die konsequente Ausnutzung von Rechtsmitteln entziehen und Zeit verschaffen.

Die DKLB wird in der gegebenen Situation den eingeschlagenen Kurs konsequent fortsetzen und sich mit einer defensiven, auf Spielsuchtprävention fußenden Informationsstrategie und über die Annahmestellen als Vertriebspartnern dennoch selbstbewusst am Markt positionieren. Dazu gehört auch die laufende Beschäftigung mit Produktverbesserungen und Produktinnovationen. Nur so lässt sich der mit dem Glücksspielmonopol untrennbar einhergehende Kanalisierungsauftrag erfüllen.

In diesem Zusammenhang kommt dem im Glücksspielstaatsvertrag ebenfalls verankerten Fachbeirat eine zentrale Rolle zu, die in ihren Auswirkungen noch nicht bewertet werden kann. Obwohl primär beratendes Gremium für die Glücksspielaufsichten wird dieses Gremium die weitere Entwicklung des staatlichen Glücksspielangebots vermutlich erheblich beeinflussen. Die DKLB ist offen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit diesen Experten.

Vor dem gegebenen wirtschaftlichen Hintergrund und in der Erwartung,

dass sich einerseits das Vollzugsdefizit gegen nicht konzessionierte Anbieter im Jahresverlauf abbauen wird und dass andererseits die Behörden und Gremien wie der Fachbeirat einen pragmatischen Ansatz bei der Weiterentwicklung des staatlichen Glücksspiels wählen, plant die DKLB für 2008 einen leicht sinkenden Jahresumsatz.

Unsere Tochtergesellschaft, die LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, erwartet für das Geschäftsjahr 2008 ein leicht positives Ergebnis.

Zum Jahresabschluss gilt es, allen Berliner Spielteilnehmerinnen und Spielteilnehmern zu danken, durch deren Spieleinsatz es im Berichtsjahr möglich war, der DKLB-Stiftung Zweckabgaben in Höhe von rd. € 62,5 Mio. für soziale, karitative, dem Umweltschutz dienliche, kulturelle, staatsbürgerliche, jugendfördernde und sportliche Vorhaben in und für Berlin zur Verfügung zu stellen. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DKLB, den Annahmestellenleiterinnen und -leitern und deren Helferinnen und Helfern gebührt für die in schwierigen Zeiten geleistete Arbeit der Dank des Vorstandes und der Mitglieder des Verwaltungsrats. Sie sind davon überzeugt, dass auch in Zukunft eine gute, an den Zielen des Staatsvertrages ausgerichtete und erfolgreiche Arbeit geleistet werden wird.

Berlin, den 2. April 2008

DER VORSTAND

Gemeinsame Erklärung von Verwaltungsrat und Vorstand der Deutschen Klassenlotterie Berlin (DKLB)

für das Jahr 2007 gemäß Ziffer 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex und Anlage 7 der Beteiligungshinweise des Landes Berlin
– Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses zum 31.12.2007 –

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
II. Zusammenwirken von Geschäftsleitung/Vorstand und Aufsichtsrat/Verwaltungsrat		
II. 1 3.1/3.5 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten. 	<p>Vorstand und Verwaltungsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet.</p> <p>Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden vom Vorstand offengelegt.</p> <p>Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.</p>
II. 2 3.6 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrates. 	<p>Der Verwaltungsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung des Vorstandes abgehalten.</p> <p>Lediglich Tagesordnungspunkte über Vorstandsangelegenheiten wurden teilweise ohne Teilnahme des Vorstandes behandelt.</p>
II.3 3.2/3.3/4.1.2 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsleitung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat. 	<p>Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Verwaltungsrat abgestimmt; der Vorstand ist seinen Berichtspflichten über den Umsetzungsstand regelmäßig in schriftlicher Form nachgekommen.</p> <p>Der Vorstand hat alle zustimmungspflichtigen Geschäfte dem Verwaltungsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen des DKLB-Gesetzes bestand eine Geschäftsanweisung des Verwaltungsrates für den Vorstand; sie war ausreichend und bedurfte keiner Ergänzung.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
II.4 3.4 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements unter Beifügung von Dokumenten mindestens 3 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen. 	<p>Der Vorstand ist seiner Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.</p> <p>Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.</p>
II.5 3.8 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrates. • D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat. 	<p>Vorstand und Verwaltungsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Verwaltungsrates gewahrt.</p> <p>In 2007 wurde erstmalig eine D&O-Versicherung ohne Selbstbehalt für Vorstand und Verwaltungsrat abgeschlossen.</p>
III. Geschäftsleitung/Vorstand		
III.1 4.1.1./4.1.3/4.1.4 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen. 	<p>Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt.</p> <p>Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wurde vom Vorstand Sorge getragen.</p> <p>Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Risikomanagementsystem, welches ständig weiter bearbeitet wird.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
III. Geschäftsleitung/Vorstand		
III.2 4.2.1 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung. 	Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit sind im Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand und in der Geschäftsanweisung geregelt. Es wurde kein Vorsitzender des Vorstandes bestimmt.
III.3 4.2.2/4.2.3/4.2.4 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. <p>Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung</p>	Die Vergütung des Vorstandes setzt sich aus einem Fixum und aus einer variablen Tantieme zusammen. Bezüglich der variablen Tantieme erfolgte die Vergütung auf Basis einer Zielvereinbarung, die für das Jahr 2006 am 4. Juli 2006 und für das Geschäftsjahr 2007 am 29. März 2007 abgeschlossen wurde. Die Bemessung der Tantieme erfolgt jeweils im Folgejahr im Wesentlichen auf Grundlage des Jahresabschlusses des vergangenen Geschäftsjahres. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Mitglieder des Vorstandes und der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens festgelegt. Über die variablen Vergütungsregelungen hat der Verwaltungsrat im Plenum beraten und entschieden. Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes werden im Anhang zum Jahresabschluss 2007 jeweils einzeln ausgewiesen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erstellt einen gesonderten Bezügebericht.
IV. Aufsichtsrat/Verwaltungsrat		
IV.1 5.1.1/5.1.3 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. <p>Geschäftsordnung des Aufsichtsrates</p>	Der Verwaltungsrat hat seine Aufgaben gemäß DKLB-Gesetz und der Geschäftsanweisung für den Vorstand wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Verwaltungsrat hat eine Geschäftsordnung.

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
IV.2 5.1.2 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeregelung. <p>Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.</p>	Anstellungs- und Vergütungsregelungen werden im Plenum des Verwaltungsrates nach Vorbefassung in einem Ausschuss entschieden. Der Verwaltungsrat hat eine Altershöchstgrenze für die Mitglieder des Vorstandes von 65 Jahren festgelegt.
IV.3 5.2 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über das Unternehmen wichtige Ereignisse. <p>Unterrichtung des Aufsichtsrates über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen.</p>	Zwischen dem Verwaltungsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Der Vorstand hat den Verwaltungsratsvorsitzenden über besondere Ereignisse unterrichtet.
IV.4 5.2/5.3.1/5.3.2/5.3.4 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschüsse des Aufsichtsrates; Besetzung und Entscheidungskompetenzen. 	<p>Der Verwaltungsrat hat folgende Ausschüsse: Arbeitsausschuss Finanzen, Arbeitsausschuss Personal.</p> <p>Ein Prüfungsausschuss bestand nicht. Entsprechende Aufgaben werden vom Arbeitsausschuss Finanzen wahrgenommen. Kein Ausschuss hat Entscheidungskompetenzen vom Verwaltungsrat übertragen bekommen. Das Plenum des Verwaltungsrates wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.</p>
IV.5 5.4.1/5.4.2/5.4.3/5.4.5 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. 	<p>Gemäß Erklärung in der Sitzung des Verwaltungsrates vom 12. Dezember 2007 hat kein Verwaltungsratsmitglied im Jahr 2007 die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Verwaltungs-/ Aufsichtsratsmandaten erreicht.</p> <p>Die Verwaltungsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
IV.5 5.4.1/5.4.2/5.4.3/5.4.5 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates. 	Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind ehrenamtlich tätig. Sie erhielten im Rahmen der Geschäftsordnung ein Sitzungsgeld als Aufwandsentschädigung. Die Gesamtvergütung wird im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.
IV.6 und 7. 5.4.5/5.6 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrates. 	<p>Kein Verwaltungsratsmitglied hat weniger als an der Hälfte der Verwaltungsratssitzungen teilgenommen.</p> <p>Der Verwaltungsrat hat sich in seiner letzten Sitzung im Geschäftsjahr mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.</p>

V. Interessenkonflikte

V.1 4.3.1/4.3.2 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung. <p>Vorteilsnahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung.</p>	Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
V.2 4.3.3/5.5.1 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> Wahrung des Unternehmensinteresses. <p>Persönliche Interessen.</p>	Vorstand und Verwaltungsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
V.3 und 4. 4.3.4/5.5.2/5.5.3 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrates. 	Interessenkonflikte sind nicht entstanden.
V.5 4.3.4/5.5.4 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. 	Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmen sind dem Verwaltungsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden; eine Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen bestand nicht.

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
V.5 4.3.4/5.5.4 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats. 	Dem Verwaltungsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Verwaltungsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Der Verwaltungsrat hat keine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.
V.6 4.3.4 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung. 	Das Vorstandsmitglied Hansjörg Höltkemeier ist Vorsitzender des Aufsichtsrates der Jobolo AG. Der Verwaltungsrat hat dieser Nebentätigkeit seine Zustimmung (aktuell befristet bis August 2008) erteilt.
V.7 3.9 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates. 	Mitgliedern des Vorstandes und Mitgliedern des Verwaltungsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

VI. Transparenz

VI.1 und 2 6.1/6.7 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Tatsachen etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet. 	<p>Über Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, wurde der Verwaltungsrat unverzüglich unterrichtet.</p> <p>Unternehmensinformationen wurden auch über Internet veröffentlicht.</p>
----------------------------	---	--

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
VII. Rechnungslegung		
VII. 1 bis 3 7.1.1/7.1.2/7.1.4 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. 	<p>Der Jahresabschluss 2006 wurde entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und dem Verwaltungsrat am 28. März 2007 vorgelegt.</p> <p>Quartalsberichte werden den Mitgliedern des Verwaltungsrats innerhalb von 30 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums übermittelt.</p>
VIII. Abschlussprüfung		
VIII.1 7.2.1 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. <p>Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe. 	<p>Der Verwaltungsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen/ seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Verwaltungsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.</p>
VIII.3 7.2.3 DCGK	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsrates durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. 	<p>Die Abschlussprüfer wurden gemäß Ziff. VIII.3. des Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen des Landes Berlin (entspricht Ziff. 7.2.3 Deutschen Corporate Governance Kodex) beauftragt, über alle für die Aufgaben des Verwaltungsrates wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben, sowie über bei der Durchführung der Prüfung festgestellte Tatsachen, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Verwaltungsrat abgegebenen Erklärung zum Kodex ergeben, gesondert zu berichten (sog. Redepflicht des Abschlussprüfers).</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
	<ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="451 206 946 377">• Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex ergeben. 	<p data-bbox="995 206 1382 348">Berichtspflichten des Abschlussprüfers aus der Beachtung von Ziff. VIII.3 des Corporate Governance Kodex des Landes Berlin haben sich während der Abschlussprüfung nicht ergeben.</p>
<p data-bbox="193 411 312 462">VIII.4 7.2.4 DCGK</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="451 411 946 491">• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beteiligungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss. 	<p data-bbox="995 411 1390 491">Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Verwaltungsrates über den Jahresabschluss teil.</p>

Bilanz zum 31. Dezember 2007

Aktivseite	€	31.12.2007 €	€	31.12.2006 T€
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	1.324.947,68			1.599
2. geleistete Anzahlungen	<u>127.103,24</u>	1.452.050,92		47
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke mit Verwaltungsgebäuden	93.220,27			93
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.349.136,12			7.526
3. geleistete Anzahlungen	<u>206.599,46</u>	6.648.955,85		0
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	250.000,00			250
2. sonstige Ausleihungen	<u>3.377,48</u>	<u>253.377,48</u>		4
			8.354.384,25	<u>9.519</u>
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Spielscheine und andere Betriebsstoffe		264.374,58		336
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus der Spielabwicklung				
a) Forderungen aus der Spielabrechnung	3.512.650,54			3.845
b) andere Forderungen	<u>7.978,00</u>	3.520.628,54		7
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € –,-; Vorjahr: T€ –				
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		167.349,63		29
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € –,-; Vorjahr: T€ –				
3. sonstige Vermögensgegenstände		464.917,37		352
davon Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 2.870,00; Vorjahr: T€ 1				
III. Wertpapiere				
sonstige Wertpapiere		7.054.518,20		0
III. Kassenbestand, Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten				
		53.026.514,25		55.075
			64.498.302,57	<u>59.644</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
			1.685.507,72	1.444
			<u>74.538.194,54</u>	<u>70.607</u>
Berlin, den 2. April 2008				
DER VORSTAND				

Passivseite	€	31.12.2007 €	€	31.12.2006 T€
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital		10.225.837,62		10.226
II. Rücklagen				
Zweckgebundene Rücklagen				
a) Sicherheitsrücklage	7.671.800,00			7.870
b) Rücklage für mittelfristige Instandhaltungsplanung	1.408.000,00			1.366
c) Rücklage für Zukunftsinvestitionen EDV	<u>6.270.000,00</u>	15.349.800,00		7.870
III. Bilanzgewinn		<u>9.733.355,82</u>		<u>8.327</u>
			35.308.993,44	<u>35.659</u>
B. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen		2.113.231,00		2.197
2. sonstige Rückstellungen		<u>5.586.659,62</u>		<u>4.102</u>
			7.699.890,62	<u>6.299</u>
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		2.139.660,86		1.877
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 2.139.660,86; Vorjahr: T€ 1.180				
2. Verbindlichkeiten aus der Spielabwicklung				
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 16.757.928,45; Vorjahr: T€ 16.332				
a) Verbindlichkeiten aus der Gewinnabrechnung	8.686.500,20			8.269
b) andere Verbindlichkeiten	<u>8.204.428,25</u>	16.890.928,45		8.219
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin		1.114.676,14		1.164
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 1.114.676,14; Vorjahr: T€ 1.164				
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbunden Unternehmen		11.656,90		312
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 11.656,90; Vorjahr: T€ 312				
5. sonstige Verbindlichkeiten		5.492.896,26		3.235
davon				
- aus Steuern: € 5.255.943,98; Vorjahr: T€ 3.030				
- im Rahmen der sozialen Sicherheit: € -,-; Vorjahr: T€ -				
- mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 5.492.896,26; Vorjahr: T€ 3.235				
			25.649.818,61	<u>23.076</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
			5.879.491,87	5.573
			<u>74.538.194,54</u>	<u>70.607</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

	2007			2006	
	€	€	€	T€	T€
1. Umsatzerlöse					
a) Erlöse aus Spieleinsätzen		310.443.975,50		318.442	
b) sonstige Umsatzerlöse		<u>10.106.544,30</u>		<u>8.916</u>	
		320.550.519,80		327.358	
2. sonstige betriebliche Erträge					
(davon nicht ausgezahlte Gewinne für die Prämienauspielung: € 3.325.447,58; Vorjahr: T€ 3.419)		<u>7.545.259,66</u>		<u>6.075</u>	
			328.095.779,46		333.433
3. Aufwendungen aus dem Spielgeschäft					
a) Gewinnausschüttung	152.709.365,16			156.898	
b) Aufwendungen für Spielscheine u. Ä.	670.903,06			632	
c) Prämienauspielung	3.325.447,58			3.419	
d) Zweckabgabe gemäß § 6 DKLB-Gesetz	62.462.207,80			63.405	
e) Zweckertrag der GlücksSpirale	923.414,12			1.016	
f) Provision und erstattete Umsatzsteuer	24.188.989,17			23.778	
g) Lotteriesteuer	<u>53.424.973,57</u>			<u>54.560</u>	
		297.705.300,46		<u>303.708</u>	
4. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter	7.350.916,72			7.783	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung: € 1.138.852,77; Vorjahr: T€ 1.080)	<u>2.484.258,88</u>			<u>2.500</u>	
		9.835.175,60		<u>10.283</u>	
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen		2.302.962,23		<u>2.984</u>	
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>12.458.784,44</u>		<u>11.601</u>	
			322.302.222,73		328.576
7. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		170,07		0	
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		2.289.936,36		1.654	
9. Abschreibung auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		58.031,34		0	
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>0,00</u>		<u>1</u>	
			2.232.075,09		1.653
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			8.025.631,82		6.510
12. sonstige Steuern			<u>48.276,00</u>		<u>40</u>
13. Jahresüberschuss			7.977.355,82		6.470
14. Entnahmen aus zweckgebundenen Rücklagen					
a) aus der Sicherheitsrücklage		198.000,00		243	
b) aus der Rücklage für mittelfristige Instandhaltungsplanung		458.000,00		574	
c) aus der Rücklage für Zukunftsinvestitionen EDV		<u>1.600.000,00</u>	2.256.000,00	<u>1.330</u>	2.147
15. Einstellungen in zweckgebundene Rücklagen					
a) in die Rücklage für Zukunftsinvestitionen EDV		0,00		200	
b) in die Rücklage für mittelfristige Instandhaltungsplanung		<u>500.000,00</u>	500.000,00	<u>90</u>	
16. Bilanzgewinn			<u>9.733.355,82</u>		<u>8.327</u>

Berlin, den 2. April 2008
DER VORSTAND

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht (ausgenommen Anlage zum Lagebericht: Gemeinsame Erklärung von Verwaltungsrat und Vorstand der Deutsche Klassenlotterie Berlin gemäß Ziffer 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex und Anlage 7 der Beteiligungshinweise des Landes Berlin) der Deutsche Klassenlotterie Berlin, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der

Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben, in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 24. April 2008

WIBERA Wirtschaftsberatung AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Rabolt
Wirtschaftsprüfer

ppa. Witing
Wirtschaftsprüfer

Von der DKLB-Stiftung mitfinanziert:
Kunstprojekt „Die Auster leuchtet“



Anhang zum Jahresabschluss

für das Geschäftsjahr 2007

I. Bilanz

A. Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen

Die Bilanz ist gegenüber dem Vorjahr nach unveränderten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt worden.

Die Gliederung erfolgt unter Berücksichtigung DKLB-spezifischer Erfordernisse nach den gültigen handelsrechtlichen Bestimmungen.

Die Bilanz der Deutschen Klassenlotterie Berlin wird grundsätzlich nach teilweiser Ergebnisverwendung aufgestellt. In diesem Zusammenhang wird der Bilanzgewinn der DKLB zum 31. Dezember 2007 im Eigenkapital ausgewiesen. Die erforderlichen Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen werden vorgenommen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt worden.

1. Immaterielle Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen sind zu Anschaffungskosten angesetzt und generell um planmäßige Abschreibungen gemindert worden. Die Abschreibungen erfolgten linear und mit folgenden Prozentsätzen:

- für Betriebs- und Geschäftsausstattung 7,7 % – 33 1/3 %,
- für immaterielle Wirtschaftsgüter 14,29 % – 33 1/3 %,
- für geringwertige Wirtschaftsgüter 100 %.

Im Rahmen des Ausführungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag wurde die Anzahl der Annahmestellen begrenzt. Per 31. Dezember 2007 stellen daher 75 der von der Firma Wincor Nixdorf erworbenen Annahmestellenterminals für die DKLB keinen Wert dar und wurden vollständig abgeschrieben (T€ 345).

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagenspiegel dargestellt.

2. Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden entsprechende Abschreibungen vorgenommen.

Im Vorjahr wurden die Anteile an verbundenen Unternehmen als Beteiligung der DKLB an der LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, Berlin, ausgewiesen.

3. Die Vorräte sind mit den Anschaffungskosten abzüglich Skonti zuzüglich Mehrwertsteuer angesetzt. Kantinenvorräte und zum Weiterverkauf vorgesehene Artikel werden ohne Mehrwertsteuer bewertet. Abwertungen waren nicht erforderlich.

4. Die Forderungen werden zum Nennwert ausgewiesen. Einzelrisiken werden durch entsprechende Wertberichtigungen berücksichtigt.

5. Sonstige Wertpapiere werden zu Anschaffungskosten bewertet. Kursänderungen sind durch Abwertungen berücksichtigt.

6. Liquide Mittel sind mit ihrem Nennwert angesetzt.

7. Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt zum Rückzahlungsbetrag; die Bewertung der Rückstellungen für Pensionen erfolgte unter Zugrundelegung der Richttafeln von Heubeck/2005G zum Teil- bzw. Barwert (Zinssatz 4 %). Die Werte der übrigen Rückstellungen entsprechen den erwarteten Inanspruchnahmen.

8. Den gegebenen Besonderheiten der Spielabwicklung entsprechend sind in den Rechnungsabgrenzungsposten auch zum Bilanzstichtag noch nicht zahlungswirksame Posten enthalten.

B. Angaben zu den Einzelposten der Bilanz

1. Aktivseite

1.1. Anlagevermögen

1.1.1. Das *Sachanlagevermögen* sowie die *immateriellen Vermögensgegenstände* verminderten sich – unter Berücksichtigung linearer Abschreibungen – von € 9,3 Mio. auf € 8,1 Mio. Die Zugänge betreffen neben immateriellen Vermögensgegenständen insbesondere ein Online-Subsystem zur Verwaltung von Festplatten sowie Anzahlungen für Annahmestellendisplays.

1.1.2. Die *Finanzanlagen* beinhalten die Anteile an der LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH. Die DKLB hält an der GmbH 100 % des Stammkapitals in Höhe von T€ 250. Das Eigenkapital zum 31. Dezember 2007 beträgt T€ 349 und das Jahresergebnis 2007 T€ 4. Die Gesellschaft erbringt neben Consultingtätigkeiten u. a. auch Dienstleistungen, die im weitesten Sinne das Lotterie- und Wettgeschäft betreffen.

Daneben enthält der Posten zwei Familienheimdarlehen, die im Berichtsjahr mit T€ 1 getilgt wurden.

1.2. Umlaufvermögen

1.2.1. Die *Vorräte* der DKLB zum Bilanzstichtag bestehen überwiegend aus Rubbellosen, Spielscheinen, Spielquittungspapier sowie aus Werbemitteln für die Annahmestellen.

1.2.2. Die *Forderungen aus der Spielabwicklung* (€ 3,5 Mio.) resultieren insbesondere aus dem Onlineabrechnungssystem, aus Liquiditätshilfen an Annahmestellen sowie

aus Forderungen aus der ILS-Kreditkartenabrechnung.

1.2.3. Die *Forderungen aus Lieferungen und Leistungen* bestehen gegen die Land Brandenburg Lotto GmbH (LBL), für die die DKLB die Verarbeitung der Online-Spieldaten durchführt sowie aus Forderungen gegenüber der Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen, auf Grund der vertraglich vereinbarten Durchführung von Sofortlotterien.

1.2.4. Unter den *sonstigen Vermögensgegenständen* sind Guthaben aus noch nicht fälligen Zinsforderungen aus Geld- und Wertpapieranlagen (T€ 156), der Abrechnung von Blockumlagen (T€ 145), Forderungen an Annahmestellen (T€ 70) und verschiedenen kleineren Posten ausgewiesen.

1.2.5. Der Posten *Wertpapiere* des Umlaufvermögens enthält aus Renditegründen über die Berliner Sparkasse von zwei Emittenten erworbene Anleihen mit variablem Zinssatz sowie 162 Anteile an einem Geldmarktfonds.

1.2.6. Von den liquiden Mitteln (€ 53,0 Mio.) sind zum Bilanzstichtag € 52,8 Mio. als Termin- und Tagesgeld oder als Sichteinlage mit Sonderkonditionen angelegt.

1.2.7. In dem Rechnungsabgrenzungsposten sind rd. € 0,95 Mio. Lotteriesteuer und € 0,44 Mio. Annahmestellenprovisionen enthalten, die die Veranstaltungen des Jahres 2008 betreffen. Des Weiteren beinhaltet der Posten Beträge im Rahmen der vertraglich vereinbarten Rubbelosgewinnpoolung, Wartungs- und Werbeleistungen sowie Versorgungsbezüge inkl. Sozialversicherungsbeiträge, die als voraus-

gezahlt dem Folgejahr zugerechnet werden.

2. Passivseite

2.1. Eigenkapital

2.1.1. Das *Stammkapital* beträgt unverändert € 10,2 Mio. (früher DM 20 Mio.).

2.1.2. Die Rücklagen der DKLB gingen im Berichtsjahr um rd. € 1,8 Mio. auf insgesamt rd. € 15,4 Mio. zurück.

Der vorhandenen *Sicherheitsrücklage* wurden umsatzbedingt € 0,2 Mio. entnommen.

Im Zuge der im Jahr 2007 durchgeführten Instandhaltungsmaßnahmen und unter teilweiser Berücksichtigung der Instandhaltungsplanung 2008 wurde die *Rücklage für mittelfristige Instandhaltungsplanung* geringfügig angehoben.

Die für Ersatzinvestitionen im Online-Bereich inkl. Netz sowie für neue Terminals in den Annahmestellen gebildete *Rücklage für Zukunftsinvestitionen EDV* ermäßigt sich durch Abschreibungen auf € 6,3 Mio.

2.2. Rückstellungen

2.2.1. Der Stand der *Rückstellungen für Pensionen* verringert sich saldiert um T€ 84; Basis der Bemessung ist ein versicherungsmathematisches Gutachten auf Grundlage der Generationen-Richttafeln Heubeck/2005G.

2.2.2. Zum Bilanzstichtag bestehen *sonstige Rückstellungen* in Höhe von T€ 5.587, die für Kosten aus Risiken aus Verträgen (T€ 3.000), für Blockgesellschaften aus dem

Vergleich DKLB/Sapina (T€ 1.710), für Kosten des Personalbereichs (T€ 618), für Rechtsstreitigkeiten (T€ 150), für nicht abgerechnete Leistungen (T€ 74), für Kosten des Jahresabschlusses einschl. Geschäftsbericht (T€ 22) sowie für die KENO-Blockumlage (T€ 13) gebildet wurden.

2.3. Verbindlichkeiten

2.3.1. Die aus dem Geschäftsbetrieb resultierenden *Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen* sind vertragsgemäß eingestellt.

2.3.2. Verbindlichkeiten aus der Gewinnabrechnung, nicht abgeholte Gewinne, von der DKLB direkt auszuzahlende Gewinne (Rubbellos-Lotterie) sowie Verbindlichkeiten gegenüber den Destinatären der GlücksSpirale und den ILS-Spielteilnehmern summieren sich einschließlich der Spitzen aus Quotenermittlung und Jackpot sowie Fondsbeträgen unter dem Posten *Verbindlichkeiten aus der Spielabwicklung* auf € 16,9 Mio.

2.3.3. Die *Verbindlichkeiten gegenüber der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin* resultieren aus der Abrechnung der laufenden, gerundeten Abführung der Zweckabgabe an die DKLB-Stiftung.

2.3.4. Auf Grund von vertraglichen *Vereinbarungen ergeben sich Verbindlichkeiten gegenüber der LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH*.

2.3.5. Im Posten *sonstige Verbindlichkeiten* sind € 5,3 Mio. abzuführen- de Steuern, insbesondere Lotterie steuer sowie diverse weitere Posten, wie z. B. noch nicht eingelöste Gewinnschecks (€ 0,2 Mio.), enthalten.

2.3.6. Unter *Rechnungsabgrenzung (passiv)* sind im Wesentlichen die Spieleinsätze ausgewiesen, die Veranstaltungen des Folgejahres betreffen.

Mit einer Ausnahme – Gewinnausschüttung aus der Rubbelloslotterie "2. Gehalt" – (T€ 38) haben sämtliche Verbindlichkeiten Restlaufzeiten von nicht mehr als fünf Jahren.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

1. Wie im Vorjahr fanden auf Grund kalendarischer Festlegungen 52 Veranstaltungen statt.

Erlössteigerungen sind nur bei der TOTO-Wette in Folge einer günstigen Jackpotsituation zu verzeichnen. In allen anderen Spielarten setzt sich der negative Trend der Umsatzentwicklung fort. In der Hauptspielart LOTTO 6aus49 belief sich der Umsatzrückgang auf 1,48 %. Insgesamt gingen die Spieleinsätze gegenüber dem Vorjahr um € 8,0 Mio. auf € 310,4 Mio. zurück.

In Prozent des Gesamtspieleinsatzes stellen sich die einzelnen Spielarten wie folgt dar:


	2007	2006
	%	%
LOTTO 6aus49	70,4	69,6
Spiel 77	11,0	10,9
SUPER 6	7,6	7,6
KENO	4,5	4,8
ODDSET	2,5	3,1
GlücksSpirale	1,4	1,5
Rubbellos-Lotterie	1,2	1,2
TOTO	1,0	0,8
plus5	0,4	0,5

2. Die *sonstigen Umsatzerlöse* bestehen aus den Bearbeitungsgebühren. Sie sind gegenüber dem Vorjahr insbesondere auf Grund der Preisanhebung zum 1. April 2007 bei den LOTTO- und TOTO-Gebühren für eine bzw. zwei Veranstaltungen um insgesamt rd. 13,4 % gestiegen.

3. Wesentliche Posten der *sonstigen betrieblichen Erträge* sind die nicht abgeholten Gewinne, die im Berichtsjahr für Prämienauslosungen blockweit und in Berlin ohne Mehreinsatz ausgespielt worden sind. Der Ausschüttungsaufwand der Prämienauslosungen (T€ 3.325) erscheint betragsgleich unter Aufwendungen aus dem Spielgeschäft/Prämienauspielung.

Der Posten beinhaltet weiterhin Erträge aus dem im Zusammenhang mit einem Wettbetrug geschlossenen Vergleich DKLB/Sapina (T€ 1.800), Erlöse aus den für die Land Brandenburg Lotto GmbH durch das DKLB-Rechenzentrum erbrachten Leistungen (T€ 917), Erträge aus der Kostenbeteiligung der Annahmestellen an der Online-Abwicklung (T€ 617), Erträge aus der vertraglich vereinbarten Rubbelloskooperation (T€ 165), Erträge aus der pauschalen Kostenbeteiligung der Annahmestellen an den Beiträgen zur Vertrauensschadenversicherung (T€ 148), eine prozentuale Vergütung für den PIN-Karten-Vertrieb (T€ 138) sowie diverse kleinere Posten.

4. Die *Gewinnausschüttung* hängt von der Zusammensetzung der Umsätze der einzelnen Spielarten mit unterschiedlichen Ausschüttungsraten ab und beträgt 49,19 % (Vorjahr: 49,27 %).



Von der DKLB-Stiftung mitfinanziert:
Errichtung eines Gebäudes zur Betreuung und
Therapie von Suchtmittelabhängigen sowie für
Präventions- und Bildungsarbeit

Hiram Haus e.V. in Alt-Tempelhof 28 in Berlin-Tempelhof/Schöneberg

5. Die *Aufwendungen für Spielscheine* einschließlich Quittungspapier und Materialverbrauch für die neuen Kundenkarten liegen um T€ 39 über denen des Vorjahres.
6. Die von der DKLB an die DKLB-Stiftung laufend abgeführte *Zweckabgabe* beträgt bis einschließlich 31. 12. 2007 20 % aller Umsatzerlöse der DKLB aus dem Spielgeschäft ohne die Erlöse aus der Sportwette ODDSET. Nach Inkrafttreten der Änderung des DKLB-Gesetzes beträgt diese Zweckabgabe 20 % aller Spieleinsätze.
7. Der planmäßige *Zweckertrag der Glückspirale* ist gemäß dem bis zum

31. Dezember 2000 bestehenden Vertrag zwischen allen Blockpartnern des Deutschen Lotto- und Totoblocks mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (ehem. Deutscher Sportbund), der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und der Deutschen Stiftung Denkmalschutz auf 28,3 % des Spielkapitals festgelegt; in vielen Bundesländern ist ein vierter Destinatär hinzugekommen, damit werden dort die Zweckerträge geviertelt. Analog dieses Vertrages wird weiterverfahren. In Berlin werden 3/4 – d. h. 21,225 % – an die genannten Destinatäre ausgeschüttet; das verbleibende Viertel erhält die DKLB-Stiftung über den Bilanzgewinn der DKLB. Die nach mathematischen

Grundsätzen ermittelte theoretische Gewinnsumme wurde überschritten, so dass an die drei Destinatäre 20,44 % auszuschütten waren.

8. *Provisionen und zu erstattende Umsatzsteuer* werden für die Spieleinsätze, die Bearbeitungsgebühren und für den Absatz von Kundenkarten nach Änderung der Annahmestellenverträge seit dem 1. Januar 2006 im Regelfall in Höhe von 6,5 % zzgl. Mehrwertsteuer bezahlt. Für das Abonnementspiel gilt bei Verlängerung nur der halbe Provisionsatz. Insgesamt erhielten die Annahmestellen an Provisionszahlungen T€ 24.055. Für die Abwicklung des Bereiches Gemeinschaftssystemspielscheine

wurde der LWS eine Vergütung in Höhe von T€ 134 gewährt.

9. Der Aufwand für *Löhne und Gehälter* sank gegenüber dem Vorjahr, insbesondere auf Grund der nur in 2006 gezahlten, einmaligen Prämien zur Personalkostenreduzierung, auf T€ 7.351. Im Berichtsjahr waren neben den beiden Vorstandsmitgliedern durchschnittlich 174,25 (Vorjahr: 177,25) Angestellte und 12,5 (Vorjahr: 12,0) Auszubildende beschäftigt.

10. Die *sozialen Abgaben und Aufwendungen* für Altersversorgung und für Unterstützung verminderten sich nur geringfügig auf insgesamt T€ 2.484, da u. a. das VBL-Sanierungsgeld um T€ 70 über dem Vorjahreswert lag. Die Bemessungsgrenzen der Kranken- und Pflegeversicherung bzw. der Renten- und Arbeitslosenversicherung betragen wie im Vorjahr € 3.562,50 bzw. € 5.250,00 monatlich.

11. Die *Abschreibungen* beliefen sich insgesamt auf T€ 2.303. Sie wurden linear vorgenommen. Wegen der Reduzierung der Annahmestellenanzahl wurden Annahmestellenterminals im Wert von T€ 345 vollständig außerplanmäßig abgeschrieben.

12. Die *sonstigen betrieblichen Aufwendungen* erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr unter Einbeziehung der Mehrwertsteuererhöhung insgesamt um T€ 858.

Die einzelnen Aufwandsblöcke stellen sich wie folgt dar:

	2007	2006
	T€	T€
Betriebsaufwand	4.493	5.069
Werbeaufwand (Kommunikation/Annahmestellenausstattung)	3.619	3.451
Verwaltungskosten	2.149	698
Grundstücks- und Gebäudeaufwand	854	901
Aufwand im Bereich des DLTB	668	738
Prüfungs- und Beratungsaufwand	240	473
Versicherungsprämien	150	137
Suchtprävention	142	0
Wartungs- und Instandhaltungskosten	69	68
freiwillige soziale Aufwendungen	74	66
Verluste aus Anlagenabgängen (Restbuchwerte)	1	0
	12.459	11.601

Der Betriebsaufwand sank um T€ 500 infolge der letztmalig in 2006 vorgenommenen Rückstellungszuführung für Risiken aus Annahmestellenverträgen. Darüber hinaus lagen die Trägernetzkosten unter dem Vorjahreswert.

Der Aufwand für Kommunikation und Annahmestellenausstattung erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um rd. T€ 168 und entspricht damit rd. 1,13 % der Umsatzerlöse. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf Präventionsmaßnahmen zurückzuführen.

Im Wesentlichen ist die Erhöhung des sonstigen betrieblichen Aufwands auf die gebildete Rückstellung (T€ 1.710) für die Beteiligung der Blockpartner an den aus dem Vergleich DKLB/Sapina erzielten

Erträgen zurückzuführen. Der Betrag ist unter "Verwaltungskosten" ausgewiesen.

Der Grundstücks- und Gebäudeaufwand sank auf Grund geringerer baulicher Maßnahmen.

Prüfungs- und Beratungsaufwand war in geringerem Umfang als im Vorjahr erforderlich.

Im Berichtsjahr wurde erstmals der Aufwand für spezielle Suchtpräventionsmaßnahmen gesondert aufgeführt.

13. Die DKLB erzielte wie in den Vorjahren Zinserträge aus gewährten Familienheimdarlehen. Sie sind als *Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens* ausgewiesen.

14. Bei gegenüber dem Vorjahr höherem Zinsniveau sind die *Zinserträge* inkl. der Zinserträge aus Wertpapieren des Umlaufvermögens um T€ 636 auf T€ 2.290 gestiegen.
15. *Abschreibung auf Wertpapiere* des Umlaufvermögens enthält den stichtagsbedingten Kursverlust der aus Renditegründen gehaltenen Wertpapiere.
16. Die *sonstigen Steueraufwendungen* enthalten Grund- und Kfz-Steuern. Die von der DKLB zu zahlende Lotteriesteuer ist unter den Aufwendungen aus dem Spielgeschäft ausgewiesen.
17. Umsatzbedingt erfolgte eine *Entnahme aus der Sicherheitsrücklage* in Höhe von T€ 198.

Der Rücklage für *mittelfristige Instandhaltungsplanung* werden auf Grund im Berichtsjahr erfolgter Instandhaltungsmaßnahmen T€ 458 entnommen.

Der *Rücklage für Zukunftsinvestitionen EDV* wurde ein Betrag in Höhe der Abschreibungen (T€ 1.600) entnommen, die bislang auf die Ersatzinvestitionen im Online-System inkl. Netz sowie in der Terminalausstattung inkl. der außerplanmäßigen Abschreibung infolge der Reduzierung der Annahmestellen entfallen sind.

18. Die größtmögliche Anpassung an die 5-Jahresplanung führte zu einer Einstellung in die *Rücklage für mittelfristige Instandhaltungsplanung* in Höhe der im Wirtschaftsplan 2007 erteilten Ermächtigung von T€ 500.
19. Gemäß § 6 DKLB-Gesetz ist der *Bilanzgewinn* der DKLB-Stiftung zuzuführen.

III. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Weitere finanzielle Verpflichtungen, die aus der Bilanz nicht ersichtlich sind, ergeben sich aus den für Hard- und Software-Wartung bis 2010 bestehenden Verträgen und belaufen sich auf insgesamt T€ 2.064, wobei ab 2008 jährlich T€ 688 fällig werden.

Darüber hinaus bestehen bis zum 30. Juni 2011 geltende Verträge für Netzleistungen, deren Umfang sich auf insgesamt T€ 4.935 beläuft; es ist mit Jahresbeträgen von T€ 1.410 zu rechnen.

Für annähernd alle Beschäftigten der DKLB besteht eine Mitgliedschaft bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL). Die VBL ist eine rechtskräftige Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Zweckbestimmung es ist, Beschäftigten der beteiligten Arbeitgeber im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die VBL wird finanziert durch Umlagen im Rahmen des Abschnittsverfahrens.

Der Umlagesatz für die VBL betrug im Geschäftsjahr für den Tarifbereich West 7,86%. Beiträge an die VBL werden bis zu einer Höhe von 6,45% (Tarifgebiet West) vom Arbeitgeber allein übernommen, 1,41% trägt der Beschäftigte selbst.

Die Summe der umlagepflichtigen Vergütungen betrug im Geschäftsjahr € 6,9 Mio. für etwa 185 umlagepflichtige Beschäftigte.

IV. Konzernverhältnisse

Auf Grund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurde gem. § 296 Abs. 2 HGB die LWS nicht in einen Konzernabschluss einbezogen. Da die LWS das einzige Tochterunternehmen der DKLB ist, wurde mangels

einzubeziehender Unternehmen kein Konzernabschluss aufgestellt.

V. Angaben über die Mitglieder der Unternehmensorgane

Organe der DKLB

- Vorstand (zugleich Stiftungs-Vorstand)
- Verwaltungsrat (zugleich Stiftungs-Verwaltungsrat)

1. Der **Vorstand** bestand 2007 aus den Herren

Hansjörg Höltkemeier, Vorstand
Hans-Georg Wieck, Vorstand

2. Der **Verwaltungsrat** wird gemäß § 5 (2) DKLB-Gesetz für die Dauer der Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin gebildet und bleibt bis zur Neubildung im Amt.

Im Berichtsjahr amtierten:

Dr. Dr. Herbert Brönnner, Vorsitzender Wirtschaftsprüfer und Steuerberater (Vorsitzender bis zum 31. Dezember 2007, Nachfolgerin Frau Spranger)
Iris Spranger, stellvertretende Vorsitzende (ab 20. März 2007), Staatssekretärin (Senatsverwaltung für Finanzen)
Gabriele Thöne, stellvertretende Vorsitzende (bis 20. März 2007), Staatssekretärin a.D. (Senatsverwaltung für Finanzen)
Susanne Ahlers (bis 20. März 2007) Staatssekretärin a.D. (Senatsverwaltung für Wirtschaft/Arbeit/Frauen)
Gisela Knobloch (bis 20. März 2007) Kammergerichtspräsidentin i. R.
Hans Jürgen Kulartz, Mitglied des Vorstandes Landesbank Berlin
Almuth Nehring-Venus (ab 20. März 2007) Staatssekretärin (Senatsverwaltung für Wirtschaft/Technologie/Frauen)
Hans-Jörg Weniger, Vizepräsident der Steuerberaterkammer Berlin
Jana Widlak (ab 20. März 2007) Oberregierungsrätin (Senatsverwaltung für Finanzen)

**Von der DKLB-Stiftung mitfinanziert:
Neubau eines Gemeinschaftshauses für behinderte Menschen der
Camphill Lebensgemeinschaft Berlin-Zehlendorf e.V.**



Alt-Schönow 5 in Berlin-Zehlendorf

sowie als Vertreter der Arbeitnehmer

René Döscher,
Hauptsachbearbeiter Personal
Annette Gregarek, Revisorin
Klaus-Günter Schmidtke,
Bezirksleiter, zugleich
stellvertretender Abteilungsleiter

**VI. Bezüge des Vorstandes und der
Hinterbliebenen ehemaliger
Vorstandsmitglieder**

Die Gesamtbezüge der Vorstandsmit-
glieder betragen im Einzelnen: für Herrn
Hansjörg Höltkemeier € 181.691,90
für Herrn Hans-Georg Wieck € 187.118,02.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes
und deren Hinterbliebene wurden
im Geschäftsjahr Bezüge von insgesamt
€ 140.533,85 geleistet. Die für diese
Personengruppe zum 31.12.2007
gebildeten Pensionsrückstellungen
belaufen sich auf € 1.459.072,00.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates
und seiner Ausschüsse wurden in 2007
Sitzungsgelder in Höhe von € 1.803,20
gezahlt.

**VII. Entsprechenserklärung nach
dem Deutschen Corporate
Governance Kodex**

Verwaltungsrat und Vorstand der DKLB
haben im Rahmen der Sitzung des Ver-
waltungsrats vom 12. Dezember 2007 die
gemeinsame Entsprechenserklärung von
Verwaltungsrat und Vorstand für das Jahr
2007 verabschiedet. Die Entsprechenser-
klärung wurde der Senatsverwaltung für
Finanzen dauerhaft zugänglich gemacht
und dem Lagebericht als Anlage beige-
fügt.

Berlin, den 2. April 2008

DER VORSTAND



**Hans-Georg Wieck (l.),
Hansjörg Höltkemeier**

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2007

Anlagegruppen	Anschaffungs- und Herstellungskosten				
	Anfangsstand	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Endstand
	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	10.070.572,68	178.747,20	10.366,79	37.576,35	10.276.529,44
2. geleistete Anzahlungen	46.698,59	117.981,00	0,00	-37.576,35	127.103,24
	10.117.271,27	296.728,20	10.366,79	0,00	10.403.632,68
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke mit Verwaltungsgebäude und anderen Bauten	4.435.238,34	0,00	0,00	0,00	4.435.238,34
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung					
a) Technische Ausstattungen	5.720.872,29	529.227,04	3.948,30	0,00	6.246.151,03
b) Mobiliar und sonstige Einrichtungen	1.609.301,39	107.118,87	228.735,64	0,00	1.487.684,62
c) AST-Ausst. (Online-Terminals)	6.946.851,00	0,00	0,00	0,00	6.974.851,00
	14.305.024,68	636.345,91	232.683,94	0,00	14.708.686,65
3. Geleistete Anzahlungen	0,00	206.599,46	0,00	0,00	206.599,46
	18.740.263,02	842.945,37	232.683,94	0,00	19.350.524,45
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	250.100,00	0,00	100,00	0,00	250.000,00
2. sonstige Ausleihungen	4.318,35	0,00	940,87	0,00	3.377,48
	254.418,35	0,00	1.040,87	0,00	253.377,48
Anlagevermögen	29.111.952,64	1.139.673,57	244.091,60	0,00	30.007.534,61

Abschreibungen				Restbuchwerte	
Anfangsstand	Abschreibungen im Geschäftsjahr	Angesammelte Abschreibungen auf die ausgewiesenen Abgänge	Endstand	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2006
€	€	€	€	€	€
8.471.385,23	490.563,32	10.366,79	8.951.581,76	1.324.947,68	1.599.187,45
0,00	0,00	0,00	0,00	127.103,24	46.698,59
8.471.385,23	490.563,32	10.366,79	8.951.581,76	1.452.050,92	1.645.886,04
4.342.018,07	0,00	0,00	4.342.018,07	93.220,27	93.220,27
4.486.581,15	423.422,79	3.948,30	4.906.055,64	1.340.095,39	1.234.291,14
1.424.000,04	101.480,03	228.137,15	1.297.342,92	190.341,70	185.301,35
868.655,88	1.287.496,09	0,00	2.156.151,97	4.818.699,03	6.106.195,12
6.779.237,07	1.812.398,91	232.085,45	8.359.550,53	6.349.136,12	7.525.787,61
0,00	0,00	0,00	0,00	206.599,46	0,00
11.121.255,14	1.812.398,91	232.085,45	12.701.568,60	6.648.955,85	7.619.007,88
0,00	0,00	0,00	0,00	250.000,00	250.100,00
0,00	0,00	0,00	0,00	3.377,48	4.318,35
0,00	0,00	0,00	0,00	253.377,48	254.418,35
19.592.640,37	2.302.962,23	242.452,24	21.653.150,36	8.354.384,25	9.519.312,27

Impressum

Herausgeber

Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB)
Brandenburgische Straße 36, 10707 Berlin
Telefon: +49 30 8905-0
Telefax: +49 30 8905-15 17
E-Mail: info@lotto-berlin.de
Internet: www.lotto-berlin.de

Realisierung

BBDO Berlin GmbH

© Fotos

Seite 05: Bernd Borchardt
Seite 06: Jürgen Schreiter, TU Darmstadt
Seite 11: B. Seyerlein, F. Löhmer
Seite 12: W. Scherf, R. Rudloff, S. Strehse
Seite 14: www.fotoscout.com
Seite 17: Carola Radke, Antje Dittmann
Seite 32: Jens Liebchen
Seite 36: Ken Thielebein
Seite 39: Reinhard Bräutigam

Bildnachweis

Seite 05: Haus am Waldsee e.V. – Ort internationaler Gegenwartskunst
Seite 06: Akademie der Künste
Seite 11: Brauerei Wissmannstraße e.V. Werkstatt der Kulturen
Seite 12: Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH
Seite 14: Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH (KBB)
Seite 17: Museum für Naturkunde der Humboldt-Universität zu Berlin
Seite 32: Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH (KBB)
Seite 36: Hiram Haus e.V.
Seite 39: Camphill Lebensgemeinschaft Berlin-Zehlendorf e.V.